

**Antwort
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Gila Altmann (Aurich)
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/7595 –**

EXPO 2005 und die Gefährdung des Kaisho-Waldes

Die japanische Stadt Seto hat sich für die Austragung der EXPO 2005 beworben. Austragungsort soll u. a. der Kaisho-Wald sein. Dieser Wald ist ökologisch besonders wertvoll, da er ein weltweit einmaliges Ökosystem darstellt. Über den Austragungsort wird auf der Generalversammlung des Bureau International des Expositions am 12. Juni 1997 in Monaco entschieden. Das Stimmverhalten des Vertreters der Bundesrepublik Deutschland kann dabei von ausschlaggebender Bedeutung für den Erhalt oder die Zerstörung des Kaisho-Waldes sein.

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussichten, daß die Bundesrepublik Deutschland bei der Generalversammlung des Bureau International des Expositions (BIE) am 12. Juni 1997 in Monaco ihre Stimme für die Vergabe der EXPO 2005 an Seto-City geben wird?
2. Ist bzw. wäre dieses Votum der Bundesrepublik Deutschland aus Sicht der Bundesregierung zu rechtfertigen, insbesondere vor dem Hintergrund, daß
 - Japan keine Umweltverträglichkeitsprüfung für die EXPO 2005 durchgeführt hat, obwohl mit einem erheblichen Eingriff durch Straßenbau und den geplanten Themenpark in den Wald von Kaisho gerechnet werden muß,
 - mit erheblichen negativen Auswirkungen auf die Ökosysteme des Waldes zu rechnen ist,
 - mit erheblichem Widerstand in der japanischen Bevölkerung zu rechnen ist, weil keine Bürgerbeteiligung im Vorfeld der Bewerbung erfolgt ist?
3. Wie beurteilt die Bundesregierung die konkurrierende Bewerbung Calgarys um den Austragungsort der EXPO 2005, das – dem Vernehmen nach – bereits vorhandene Infrastrukturen (olympische Stätten) zur Durchführung der EXPO 2005 nutzen will und hierbei wesentlich weniger Umweltzerstörung in Kauf nehmen müßte?
4. Beabsichtigt die Bundesregierung trotz vorhandener ökologischer Gegenargumente, den Vertreter der Bundesrepublik Deutschland mit einem Votum für die Austragung der EXPO 2005 in Seto zu versehen, und wenn ja, wie wird diese Entscheidung begründet?

Die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an Welt- und Weltfachausstellungen (sog. EXPO) hat eine lange Tradition. Sie dient zum einen der Darstellung und Vermittlung des auf das je-

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 26. Mai 1997 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

weilige EXPO-Thema Bezug nehmende Bild der Bundesrepublik Deutschland, zum anderen wird eine Festigung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen zum jeweiligen Ausrichterland der EXPO angestrebt.

EXPO-Beteiligungen beinhalten politische, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Elemente. Insbesondere die drei erstgenannten Komponenten sind bei einer Entscheidungsfindung zum Austragungsort unter Berücksichtigung ihrer Gewichtung zu bewerten.

Die Bundesregierung prüft sehr intensiv die Bewerbungen von Kanada und Japan zur Austragung der EXPO 2005. Der japanischen Regierung ist die kritische Haltung einiger Oppositionsgruppen zur EXPO 2005 bekannt. Diese Gruppen befürchten, daß für die Ausstellungsfläche Teile eines Naturschutzgebietes geopfert werden und die japanische Regierung hierauf keine Rücksicht nimmt. Anläßlich verschiedener Anlässe (Generalversammlungen des BIE in Paris, Präsentationen des japanischen Konzepts in Deutschland) hat die japanische Regierung jedoch mehrfach hervorgehoben, daß diese Kritik ungerechtfertigt und es ihr ein wichtiges Anliegen sei, den ökologischen Aspekten im Zusammenhang mit der Ausrichtung der EXPO 2005 gerecht zu werden. Es ist davon auszugehen, daß es der japanischen Regierung sehr ernst mit diesem Thema ist, weil sie anderenfalls ihr Gesicht verlieren würde.

Im Hinblick auf die Wahl zum Austragungsort der EXPO 2005 hat die Bundesregierung im Vorfeld die in Frage kommenden hiesigen Wirtschaftskreise und Bundesressorts eingebunden. Es zeichnet sich eine starke Präferenz zugunsten Japans ab.

Die Bedenken einiger ökologischer Gruppen in Japan zum Austragungsort der EXPO 2005 wird die Bundesregierung bei der Entscheidungsfindung neben anderen Interessenlagen angemessen berücksichtigen.

Auch der Austragungsort Calgary hat ein interessantes Konzept zu bieten, das jedoch aus Sicht der deutschen Wirtschaft, deren Beteiligung an zukünftigen EXPO-Präsentationen von großer Bedeutung ist, weniger Relevanz besitzt.

Die Bundesregierung hält es für wichtig, in Fällen, in denen auch die Wirtschaft gefordert ist, zu einer Entscheidung zu gelangen, die von allen Beteiligten getragen wird. Der Aspekt der Umweltverträglichkeit wurde und wird bei jeder sich bietenden Gelegenheit gegenüber der japanischen Regierung angesprochen. Dies stößt auf Resonanz, wie sich aus zahlreichen Bekundungen aus Japan entnehmen läßt.